Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 113 | Halver, Donnerstag, 15. Mai 1952 | 1952

Außenminister treffen sich in Bonn

Deutschland-Vertrag am 24. Mai

Nur deutscher Finanzbeitrag macht noch Kopfzerbrechen - EVG-Vertrag wird in Paris unterzeichnet

wl. Bonn, 14. Mai

Der Deutschland-Vertrag und die Zusatzverträge sollen am 24. Mai in Bonn von Bundeskanzler Dr. Adenauer und den Außenministern der USA, Englands und Frankreichs unterzeichnet werden. Dem feierlichen Unterzeichnungsakt wird ein kurzes Treffen der Außenminister vorausgehen, bei dem noch offene Fragen geklärt werden sollen. Wenige Tage später soll dann in Paris die ebenso feierliche Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durch die Außenminister der sechs beteiligten Staaten erfolgen.

Bei den deutsch-alliierten Verhandlungen macht nur noch der deutsche Finanzbeitrag Kopfzerbrechen. Die Auffassungen haben sich so verkrampft, daß die Außenminister diese Frage regeln müssen. In anderen Punkten des Vertrages sind noch verschiedene Verbesserungen erzielt worden, die u. a. in einer Neuformulierung der sogenannten Anpassungsklausel einer künftigen gesamtdeutschen Regierung die freie Entscheidung über ihre Politik überlassen. Ferner ist vorgesehen, daß die Gnadenkommission für die Revision der alliierten Kriegsverbrecherurteile unmittelbar nach Inkrafttreten des Vertrages ihre Tätigkeit aufnimmt. Die Notstandsklausel soll noch präziser formuliert und dabei klar unterschieden werden zwischen Notstand durch eine Störung von außen oder eine Störung von innen.

Die Opposition (SPD und Föderalistische Union) findet sich mit der Unterzeichnung der Verträge nicht ab. Die Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt (SPD) und Dr. Reismann (Föd. U.) haben beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine einstweilige Verfügung gegen Dr. Adenauer beantragt, bei der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages und des EVG-Vertrages den ausdrücklichen Vorbehalt zu machen, daß die Verträge erst in Kraft treten können, wenn das Bundesverfassungsgericht über ihre staatsrechtlichen Voraussetzungen entschieden hat.

Vor der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages wird Bundeskanzler Dr. Adenauer vom 20. bis 22. Mai an der Sitzung des Ministerausschusses des Europarates in Straßburg teilnehmen und dort die Saarfrage zur Sprache bringen.

Außenminister tagen am Montag

dpa. Paris, 14. Mai

Die Außenminister der sechs EVG-Staaten werden am Montag in Paris zusammentreten, um die letzten Lücken im Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu schließen. Dr. Adenauer wird durch den Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank vertreten.

Zwischenfall im Parlament

dmt. Bonn, 14. Mai

Gleich nach Beginn der Bundestagssitzung am Mittwochvormittag kam es zu einem Zwischenfall, der den Bundestagspräsidenten Ehlers zwang, die Sitzung zu unterbrechen. Der Kommunist Renner hatte die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt, der „die Beteiligung der Bundesregierung an der Verantwortung für die Essener Bluttaten" überprüfen solle. Obgleich der Präsident Renner wiederholt darauf hinwies, daß er nur einen Geschäftsordnungsantrag einbringen könne und nicht zur Sache sprechen dürfe, behauptete Renner, in Essen sei ein junger Mann ermordet worden, weil er gegen die Politik der Regierung Adenauer demonstrieren wollte. Auch als Renner zur Ordnung gerufen und des Saales verwiesen wurde, setzte er seine Rede fort. Erst als Präsident Ehlers die Sitzung unterbrach, verlies Renner das Rednerpult.

Ollenhauer: Besitz und Vermögen werden geschützt

Kunze: Bis an die Grenze des Vertretbaren — Lukaschek: Es gibt Verbesserungen

wl. Bonn, 14. Mai

Die Generaldebatte über den Lastenausgleich, die am Mittwochvormittag beginnen sollte, wurde auf Antrag der Regierungsparteien auf den Nachmittag verschoben, um noch einmal Möglichkeiten für einen Kompromiß mit der SPD zu prüfen.

Als erster Redner erklärte der SPD-Abgeordnete Ollenhauer, durch diesen Lastenausgleich werde der soziale Erdrutsch der Nachkriegszeit nicht beseitigt. In keinem der früheren kriegführenden Länder Westeuropas gebe es einen so aufreizenden Gegensatz zwischen größtem Luxus und erbarmungswürdiger Armut wie in der Bundesrepublik.

Ollenhauer wandte sich scharf gegen die Heranziehung des Vermögens der öffentlichen Hand und meinte, auf dieses Vermögen greife man nur zurück, um die Besitzenden umso mehr schonen zu können. Ein wirklicher Lastenausgleich sei ohne Eingriffe in die Substanz nicht denkbar.

Für die CDU erklärte der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses, Kunze, die Rede Ollenhauers sei der Gipfel der Geschmacklosigkeit. Sie atme einen geradezu klassenkämpferischen Geist. „Wir stellen uns nicht vor die Besitzenden und erst recht nicht vor die Millionäre, im Gegenteil, wir sind mit der Belastung des Eigentums bis an die Grenze des Vertretbaren gegangen."

Bundes - Vertriebenenminister Lukaschek appellierte an die Opposition, sie möge sich diesem Gesetz nicht verschließen. „Ich als Sachwalter der Vertriebenen kenne die Mängel dieses Gesetzes nur zu gut, aber ich weiß auch, daß das Positive an diesem Gesetz weit stärker ist als das Negative." Die Arbeit an einem gerechten Lastenausgleich sei mit der Annahme dieses Gesetzes noch nicht beendet, sondern es werden weitere Verbesserungen geben müssen, sobald man genügend Erfahrungen gesammelt habe.

Dr. Reismann (Föd. U.) gab zu bedenken, daß sich die 2,5 Milliarden, die für den Lastenausgleich ausgeworfen werden sollen, neben den 11 Milliarden Mark für Verteidigungszwecke „gar kümmerlich machen", mußte sich allerdings von der Koalition in lebhaften Zwischenrufen sagen lassen, daß es neben den Ausgaben für den Lastenausgleich noch einen Sozialetat von über 5 Milliarden Mark gebe. „Sie kleiner Schwindler", wurde Reismann aus einer Ecke der FDP entgegengerufen, was er allerdings nicht weiter übelzunehmen schien. Am Donnerstag tritt der Bundestag in die Einzelberatung der 400 Paragraphen des Lastenausgleichsgesetzes ein.

Auf Beschluß des Aeltestenrates ist der kommunistische Abgeordnete Renner wegen seines Verhaltens von der Teilnahme an 20 Plenarsitzungen ausgeschlossen worden. Bundestagspräsident Dr. Ehlers hielt die exemplarische Bestrafung für geboten, „damit keine russischen Sitten im Bundestag Platz greifen."

Regierung klagt gegen Bundesrat

dmt. Karlsruhe, 14. Mai

Die Bundesregierung hat beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsklage gegen den Bundesrat erhoben, weil er dem Entwurf einer allgemeinen Verfügung des Bundesjustizministeriums seine Zustimmung versagte. In dem Entwurf war die Uebernahme der bisher bei den Kammergerichten geführten Strafregister durch den Bundesgerichtshof vorgesehen.

Treckentscheidung nächste Woche

dpa. Lüneburg, 14. Mai

Die Entscheidung über die geplanten Flüchtlingstrecks nach Süddeutschland wird wahrscheinlich Ende der kommenden Woche fallen, erklärte der Vorsitzende der Treckvereinigung Niedersachsen, Alf Kroll. Er rechnet damit, daß aus Niedersachsen mindestens 12 000 Vertriebene an dem Treck teilnehmen werden.

Kroll, der kürzlich eine der vorgesehenen Treckstrecken bis an die Schweizer Grenze abfuhr, erklärte, daß sich die vorgesehenen Straßen durchaus für den Treck eignen. Bis auf eine Strecke zwischen Düsseldorf und Mainz würden keine Bundesstraßen benutzt.

Explosionsunglück fordert zwei Tote

dpa. Gelsenkirchen, 15. Mai

Ein Explosionsunglück auf dem Chemie-Werk Scholven in Gelsenkirchen forderte am Mittwochabend zwei Tote und zwei Schwerverletzte. Die Explosion erfolgte, als vier Männer mit Schweißarbeiten an einem mit Oel gefüllten Rührbehälter beschäftigt waren. Die Oelgase hatten sich durch die Flammen des Schweißapparates entzündet.

Arnold: Polizei handelte in Notwehr

Demonstranten schossen zuerst — Bericht an den Landtag

dmt. Düsseldorf, 14. Mai

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold, bezeichnete in seinem Bericht für den Hauptausschuß des Landtages das Vorgehen der Polizei bei den Demonstrationen als Waffengebrauch in Notwehr. Da sich die Polizei mit dem Schlagstock nicht gegen die Demonstranten habe durchsetzen können, habe sie von der Schußwaffe Gebrauch machen müssen.

Zuvor seien die Demonstranten dreimal durch Lautsprecherwagen aufgefordert worden, das Werfen mit Pflastersteinen und Flaschen einzustellen, da sonst die Polizei schießen müsse. Diese Aufforderung sei mit verstärkten Steinwürfen beantwortet worden. Zwei Beamte seien beschossen worden, als sie einen Festgenommenen wegführen wollten. Geschoßteile, die nicht von der Polizei stammen können, seien gefunden worden.

In dem Bericht heißt es weiter, daß die „Karawane zur Erhaltung des Friedens", die verboten wurde, nicht als kommunistische, sondern von den Kommunisten gesteuerte Veranstaltung angesehen werden müsse. Die Veranstaltung habe verboten werden müssen, da am gleichen Tage bereits eine Kundgebung der Europäischen Jugend genehmigt gewesen sei und zehntausende zur Eröffnung der „Gruga" erwartet worden seien.

Ost-Schreckensurteile wegen Sabotage

Lebenslänglich Zuchthaus für Westberliner — Wie kamen sie vor das Ostgericht?

gm. Berlin, 15. Mai

Das Oberste Gericht der Sowjetzone verurteilte am Mittwoch zum ersten Mal Westberliner Bürger, die auf dem Gebiet der Westsektoren antikommunistische Propaganda begangen hatten. Zur Begründung dieser unrechtmäßigen Verurteilung zog die Vizepräsidentin des Obersten Gerichts das sowjetzonale Friedensschutzgesetz heran, das in einem Paragraphen die Zuständigkeit des Gerichts auch für „Straftaten außerhalb des Gebietes der DDR oder des Ostsektors von Berlin" anerkennt.

Vier Westberliner, zwei 19jährige, ein 23jähriger und ein 30jähriger, hatten sich im vergangenen Jahr wiederholt an antikommunistischen Kundgebungen in der Nähe der Sektorengrenze beteiligt. Sie klebten Plakate und verteilten Flugblätter, als zahlreiche FDJler über die Sektorengrenze nach Westberlin kamen. Der Generalstaatsanwalt der Sowjetzone, Melsheimer, warf den vier Jugendlichen in seiner Anklage weiter vor, sie hätten sich an Ueberfällen auf Büros der SED des kommunistischen FDGB und der FDJ im Westberliner Bezirk Wedding beteiligt. Einer soll auch einen östlichen Zeitungsstand unmittelbar an der Sektorengrenze in Brand gesteckt haben.

Diese antikommunistischen Propaganda-Aktionen, die bisweilen allerdings den Tatbestand der Sachbeschädigung erfüllten, wertete das östliche Gericht als „Boykotthetze gegen demokratische Politiker". Der 30jährige Angeklagte Herbert Höse und der 23jährige Helmut Metz erhielten lebenslängliches Zuchthaus. Die beiden 19jährigen Westberliner schickte die kommunistische Richterin für 15 bzw. 10 Jahre ins Zuchthaus. Die vier verurteilten Westberliner sollen Mitglieder der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit gewesen sein. Allein diese Mitgliedschaft erfüllte, so behauptete Frau Benjamin, den Tatbestand eines Verbrechens gegen die Ostzonenverfassung. Ungeklärt blieb in dem Prozeß, auf welche Weise die vier Westberliner in die Gewalt der sowjetzonalen Behörden gefallen waren.

Moskau veröffentlichte Antwortnote nicht

Wirtschaftskrise im Westen erwartet —Spekulation auf westliche Uneinigkeit

dmt. Berlin, 14. Mai

Die am Dienstagabend in Moskau überreichte Antwortnote der Alliierten ist am Mittwoch von Presse und Rundfunk der Sowjetunion nicht erwähnt worden, sie wird wahrscheinlich (ebenso wie die Antwort auf die erste Note) erst zusammen mit der sowjetischen Stellungnahme dazu publiziert werden.

Die Unruhe, die am letzten Wochenende von den ostzonalen Behörden hervorgerufen wurde, ist von Presse und Rundfunk der Sowjetunion bagatellisiert, und die Friedensbereitschaft der Sowjetunion noch deutlicher unterstrichen worden. Auch die Paraphierung des Pariser Abkommens über die Europa-Armee hat Moskau in gleicher Weise nebensächlich behandelt. Optimisten schließen daraus, der Kreml wolle die Unterzeichnung des Generalvertrages nicht zum Anlaß nehmen, das Deutschlandgespräch abzubrechen.

Mit größter Aufmerksamkeit verfolgt die Sowjetpresse dagegen alle Meldungen über Meinungsverschiedenheiten im Lager der Westmächte. Die Publizierung des angeblichen Geheimberichtes Admiral Fechtelers durch die Pariser „Le Monde" wird auf die Einschaltung des Secret Service zurückgeführt und als bemerkenswerte Phase im britisch-amerikanischen Kommandostreit gewertet.

Die Sowjets sind jetzt noch mehr als früher davon überzeugt, daß die Aufrüstung im Westen zu einer wirtschaftlichen Krise größten Ausmaßes führen muß, so daß es töricht scheint, diese für Moskau günstige Entwicklung durch politische Manöver zu stören, die den uneinigen und mit zunehmenden Schwierigkeiten aller Art kämpfenden Westen erneut zu einer Einheit zusammenschweißen würden.

Der uneuropäische Bodensee

Die Schiffahrtsgesellschaften am Bodensee haben sich für die Saison gerüstet. Schweizer, deutsche und österreichische Schiffe befahren wieder ihre Sommerrouten, und in den ersten warmen Tagen dieses Frühjahrs waren die Dampfer besetzt bis unter die Kommandobrücke.

Wärme macht durstig. Auf einem österreichischen Schiff bestellte ein Schweizer, der von Bregenz nach Friedrichshafen wollte, bei dem Kellner — es war zufällig ein Südtiroler — ein Bier. Der Kellner brachte das Bier. Es kam aus irgendeiner Brauerei, die am deutschen Ufer des Bodensees steht. Der Schweizer auf dem österreichischen Schiff, das gerade über den deutschen Teil des Sees fuhr, will bei dem Südtiroler Kellner mit österreichischen Schillingen bezahlen. Worauf der Kellner mit Bedauern das noch nicht angetrunkene Bier abservierte und folgenden klassischen Satz zur Entschuldigung vorbrachte: „Mein Herr, wir befahren z. Z. deutsches Gebiet. Ich darf aber auf einem österreichischen Schiff kein deutsches Bier für Schillinge an einen Schweizer verkaufen." Drehte sich mit einer höflichen Verbeugung um und verschwand — mit dem Bier.

Der Schweizer hatte Humor. Er erfaßte sofort, wo es hier mangelte, und welche Stelle für solche Schwächen am internationalen Reiseverkehr zuständig ist. Er schrieb eine Postkarte nach Straßburg — an den Europarat. Die Postkarte wurde dort abgelegt unter „Beschwerden, unpolitisch, Schweiz". Dort wird sie wohl in zahlreicher Gesellschaft noch eine gute Weile liegen bleiben.

Es ist aber anzunehmen, daß sich eines Tages ein Unterausschuß mit der Sache befaßt. Vielleicht waren einige Mitglieder dieses Gremiums übers Wochenende mal am Bodensee und wollten auf einem deutschen Schiff im Schweizer Gebiet österreichischen Wein trinken. Vielleicht wurde auch ihnen der begehrte Trunk wieder entzogen. Wegen internationaler Zahlungsschwierigkeiten.

Das wäre zu begrüßen, denn nur so käme man weiter. Am selbsterlebten Beispiel lernt sich manches. (PvB)

Fechteler-Bericht nicht von Fechteler

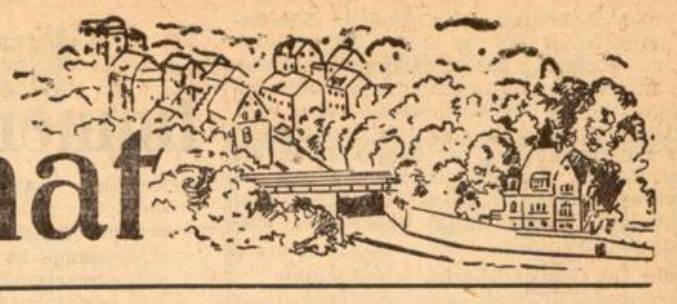
dpa. Amsterdam, 14. Mai

Der heftig umstrittene Fechteler-Bericht über die europäische Verteidigung in der Pariser Abendzeitung „Le Monde" ist einer Veröffentlichung des amerikanischen Instituts für Seekriegsführung von 1950 entnommen worden, wie der Marine-Mitarbeiter der Amsterdamer Zeitung „Allgemeen Handelsblad" entdeckte. Die Zeitung hatte den Artikel aktualisiert und ihn dem US Admiral Fechteler zugeschrieben.

Der neue USA-Botschafter in Moskau George Kennan überreichte am Mittwoch sein Beglaubigungsschreiben im Kreml.



Seite der Heimat



Halver, den 15. Mai 1952

Zum Kuckuck mit dem Kuckuck!

Schon vor Ostern hat er sich in diesem Jahr eingestellt, der geheimnisvolle Vogel mit seinem weittenfernen Ruf durch den Wald. Es ist ein rätselhafter Vogel, der wie keiner unserer Frühlingssänger von Geheimnissen geradezu umwoben ist. Daß er das Odium des Kriminellen besitzt, ist allgemein bekannt, denn er erledigt sich seiner Mitbewohner auf eine geradezu verbrecherische Weise. Auch das Kuckucksweibchen steht seinem Manne an Raffinesse nicht nach. Mit einer unglaublichen Taschenspielerfertigkeit wirft es ein Ei aus einem fremden Nest und legt ein eigenes wieder hinein. Eines Tages schlüpft der junge Kuckuck im fremden Neste meist etwas eher als seine Stiefgeschwister aus. Er ist schon in seinen ersten Tagen so brutal, daß er alles, was sich noch im Neste befindet, einfach hinauswirft.

Tatsächlich ist der Kuckuck als Einsiedler des Waldes voller Widersprüche und Rätsel. Von früh bis spät geistert sein Ruf durch Wald und Flur. Die Menschen lauschen ihm mit heimlichen Gedanken. Er gehört zu den Hütern des Waldes und wird von jedem Bauern willkommen geheißen, denn er verschlingt in Riesenmengen haarige Raupen, die von allen anderen Vögeln verschmäht werden.

Warum nennt ihn die Legende einen Geizhals? Warum denken die törichten Menschen an eine gefüllte Geldbörse, wenn sie den Kuckuck durch den Wald rufen hören? „Es gab eine Zeit", so sagte Goethe einmal, „wo das Studium der Naturgeschichte soweit zurück war, daß man die Meinung allgemein verbreitet fand, der Kuckuck sei nur im Sommer ein Kuckuck, im Winter aber werde er ein Raubvogel". Eine rätselhafte Sache. Und warum klebt der Gerichtsvollzieher einen „Kuckuck" als Pfändungsmarke in der Wohnung an die geliebten Möbel? Das weiß der Kuckuck!

Herold

Halver

Der nächste Gerichtstag

In diesem Monat findet der Gerichtstag am kommenden Dienstag, dem 20. Mai, statt. Er wird wieder im Sitzungssaal des Halverschen Amtshauses durchgeführt und beginnt um 8.30 Uhr.

Demnächst regelmäßige Sprechstunden

In einer Sitzung, die der erweiterte Vorstand des Halverschen Haus- und Grundbesitzervereins abhielt, wurde durch das Beiratsmitglied Adolf Goedelt Bericht über eine in Lüdenscheid durchgeführte Tagung erstattet. Sodann gab noch Referent Wefers aus Brügge als Vorstandsmitglied des Verbandes Aufklärung über den augenblicklichen Stand des Lastenausgleichs und einige sehr interessierende Fragen zur Mieterhöhung. Es wurde weiter beschlossen, demnächst regelmäßig Sprechstunden abzuhalten, zu denen heute schon die Mitglieder ihre besonderen Sorgen der Geschäftsführung bekanntgeben wollen, damit ein Termin festgelegt werden kann.

Um die Bundesjugendspiele

Der Ortsjugendring Halver lädt die Vereinsjugendleiter für heute abend in das Vereinszimmer der Turnhalle ein. Es sollen die diesjährigen Bundesjugendspiele besprochen werden.

Personalsteuer wenig aussichtsreich

In Münster teilte der Geschäftsführer des Landgemeindetages Dr. Odenbreit mit, daß die in letzter Zeit vielbesprochene Gemeinde-Personalsteuer (rund 10 Prozent der Einkommensteuer) z. T. wenig Aussicht habe, Gesetz zu werden, zumal für die Gemeinde damit ein nicht unerheblicher neuer Arbeitsaufwand verbunden sei. Neue Vorschläge gehen jetzt dahin, daß der Bund die beabsichtigte Einführung der Personalsteuer durch die Einkommensteuer reguliere und die entsprechenden Beträge an die Gemeinden abführe.

Ausflug nach Bad Ems

In der letzten Zusammenkunft der Ev. Frauenhilfe wurde als Ziel des diesjährigeen Ausfluges Bad Ems endgültig festgelegt. Termin ist der 20. Mai. Da schon in der Frühe des Tages die Fahrt mit dem Geiterschen Reiseautobus beginnt, ist es selbstverständlich, daß auch noch hier und da in manchen Orten Sehenswürdigkeiten besichtigt werden.

Ohne-Umsteigen-Verkehr zur Ruhr-Sieg-Strecke

Warum kein Schienen-Bus auch über Halver?

Vorschlag für eine Direktverbindung mit Schienen-Straßen-Bus und Anschluß an das große Fernverkehrsnetz der Bundesbahn

Schon mehrfach berichteten wir, daß in Wipperfürth Schienenbusse stationiert werden, die bereits im neuen Sommerfahrplan zwischen Wipperfürth und Lennep verkehren sollen. Unsere Leser werden mit einem gewissen Neid davon Kenntnis genommen haben, daß — wie wir meldeten — auf der genannten Strecke täglich sechs Fahrten mit dem neuen modernen und praktischen Verkehrsmittel, das die Bundesbahn in größerer Zahl in Auftrag gegeben hat, durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang erinnern wir uns daran, daß der Pressedienst der Hauptverwaltung der Bundesbahn in Offenbach vor einiger Zeit eine Mitteilung herausgab, wonach die Bundesbahn zur Förderung des Ohne-Umsteigen-Verkehrs und zur Erschließung weiterer Gebiete plane, Schienen-Straßen-Busse einzusetzen. In Wipperfürth sind die Schienen-Busse nun also bereits Wirklichkeit geworden.

Auch wir möchten bei der Einrichtung der neuen Linien, auf denen die Schienen-Straßen-Busse laufen sollen, berücksichtigt werden.

Wir schlagen daher eine Direktverbindung mit Schienen-Straßen-Bus Radevormwald—Halver—Brügge—Lüdenscheid—Herscheid—Plettenberg—Siegen vor.

Dies würde einen Ohne-Umsteigen-Verkehr zur Ruhr-Sieg-Strecke bedeuten und uns einen Schritt weiter an das Fernverkehrsnetz der Bundesbahn heranbringen. Diese in Frage kommende Strecke könnte unserer Meinung nach von Radevormwald über Halver nach Lüdenscheid per Schiene, von Lüdenscheid nach Herscheid per Straße und von Herscheid über Plettenberg nach Siegen wieder per Schiene führen. **Dr. Weg-**

Die Ergebnisse der Tuberculin-Proben

In Rönsahl ging es um die Milch

Der Tbc muß zu Leibe gerückt werden — Große Bauernversammlung in Rönsahl

Im Hotel zur Leie fand eine große Bauernversammlung statt, zu der zahlreiche Interessenten erschienen waren. Zu Beginn der Versammlung begrüßte Ortslandwirt Wilh. Reininghaus, Haustätte, vor allem die Redner des Abends, Dr. Kükelhaus aus Lüdenscheid und Weyhofen von der Molkerei Klaswipper. Der Abend stand unter dem Motto: Wie kann der Tbc-Verseuchung unserer Kühe zu Leibe gerückt werden? Zu Beginn gab Herr Weihofen die Ergebnisse der Tuberculinproben, die jetzt abgeschlossen sind, bekannt. Hierbei, so sagte er, habe die Gemeinde Rönsahl am schlechtesten abgeschnitten. nur etwa 25 Kühe seien Tbc-frei. In der Gemeinde Klüppelberg sei das Ergebnis weit besser gewesen. Da unsere Molkerei konkurrenzfähig bleiben muß, muß etwas gegen die Tbc getan werden.

Hierauf erklärte Dr. Kükelhaus, daß größere Mengen Heilserum zur Verfügung gestellt würden. Die Qualitätsanforderungen an die Milch werden immer höher geschraubt, darum muß das Rohprodukt besser werden. Es laufen Untersuchungen, wonach die Milch demnächst nach Keimzahlen bezahlt wird, und was das bedeutet, kann sich wohl jeder Landwirt vorstellen. Je weniger Keimzahlen, desto höher wird die Milch bezahlt.

Um unsere heimischen Molkereien konkurrenzfähig zu halten, habe man in Lüdenscheid schon einen Milchwerbeausschuß gegründet. Jeder Verbraucher soll angesprochen werden, die Qualität der Milch und der Milcherzeugnisse soll verbessert werden. Dr. Kükelhaus schlug der Bauernjugend vor, einen Versuchslehrgang auf einem Mustergut bei Soest mitzumachen. In diesem 14tägigen kostenlosen Lehrgang lernt unsere Bauernjugend die moderne Behandlung der Milch und vor allem der kranken Tiere kennen. Auch wurde, um eine besonders geringe Keimzahl der Milch zu erreichen, eine Milchkühlanlage empfohlen.

Sodann wies der Sprecher auf die drohende Gefahr der Maul- und Klauenseuche hin. Schon jetzt sind schon wieder einige Fälle im Kreise Lüdenscheid und Lindlar aufgetreten. Auch erscheine es zweckmäßig, dem Kindergesundheitsdienst beizutreten. Nach der Versammlung folgte eine rege Aussprache.

Textilien für Flüchtlinge

Das interessiert die Halverschen Ostvertriebenen

Bund der vertriebenen Deutschen stark interessiert an einem Finanzierungsvorschlag des Textileinzelhandels

Halver. Unter der Ueberschrift „Finanziert den Flüchtlingsbedarf" veröffentlichte die „Textil-Wirtschaft", das offizielle Organ des Hauptverbandes des Deutschen Textileinzelhandels, in ihrer Nr. 16 des laufenden Jahrgangs einen Vorschlag für eine zusätzliche Versorgung der Heimatvertriebenen mit Bekleidung und Textilwaren. Der Bund der vertriebenen Deutschen in Bonn hat diesen Vorschlag allen seinen angeschlossenen Landesverbänden zur Kenntnis gebracht und in seiner offiziellen Korrespondenz dazu erklärt: „Dieser Gedanke ist ohne Zweifel wert, diskutiert zu werden, weil er zugleich sozialpolitisch wie wirtschaftspolitisch zweckmäßig erscheint".

Der Vorschlag, der aus Kreisen der westdeutschen Textilwirtschaft herrührt, geht von dem Grundgedanken aus, daß die den bedürftigen Flüchtlingen als Soforthilfe gewährte Unterhaltsbeihilfe kaum für den Lebensunterhalt ausreicht. Mittel für den Kauf von dringend benötigten Textilien sind vor allem bei den Soforthilfe-Empfängern nicht vorhanden. Daher soll Angehörigen dieses Personenkreises ein besonderer zusätzlicher Gutschein neben der Unterhaltsbeihilfe und ähnlichen Zahlungen zum Kauf von Textilwaren und Bekleidung gegeben werden.

Außer dieser sozialpolitischen Bedeutung hat der Vorschlag die wirtschaftspolitische Zielsetzung, Produktion und Absatz in der Textilwirtschaft anzuregen. Es wird nämlich vorgeschlagen, die Finanzierung der Gutscheine aus Mitteln der kurzfristigen Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen. Anstatt für Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie Unterstützungen zu zahlen, sollten öffentliche Mittel für den genannten Zweck eingesetzt werden.

Der Bund der vertriebenen Deutschen fordert in seiner Veröffentlichung zu diesem Vorschlag, daß der Plan der Textilwirtschaft in Fühlung mit den zuständigen Stellen ohne Ressentiment auf seine finanz- und wirtschaftstechnische Brauchbarkeit überprüft wird.

Aus dem IHK-Bezirk Lüdenscheid-Altena

„Mit Mut an die Arbeit und ins Leben"

Freisprechung kaufmännischer und gewerblicher Lehrlinge in Lüdenscheid

Gestern fand im Stadthaussaal die Freisprechungsfeier der Lehrlinge aus der Frühjahrsprüfung 1952 statt. 187 Prüflinge hatten sich versammelt, um die Gehilfenbriefe in Empfang zu nehmen.

Assessor Kirstein von der Industrie- und Handelskammer begrüßte die Anwesenden und erteilte das Wort Geschäftsführer Dipl.-Ing. Hefer, der einen kurzen Ueberblick über den allgemeinen Stand der Prüfungsergebnisse gab. Die Leistungen seien verhältnismäßig wesentlich besser, als die des vergangenen Herbstes. Insbesondere habe sich bei der diesjährigen Prüfung gezeigt, daß sich theoretisches und praktisches Wissen die Waage hielten und ein gesundes Fundament für die weitere Arbeit der jungen Kaufmanns- und Facharbeitergehilfinnen und -gehilfen darstellten. Die Prüfungsergebnisse selbst seien ein bemerkenswerter Querschnitt durch die Leistungsfähigkeit unseres kaufmännischen und Facharbeiternachwuchses.

Kaufmann E. Mehlich, der als Mitglied der Kammer und als Vertreter des Einzelhandelsverbandes die Freisprechung vornahm, gab den jungen Menschen wertvolle Anregungen und betonte in seiner Ansprache, daß man mit Mut an die Arbeit und an das Leben herantreten solle, um es zu meistern. Zur Erinnerung an diesen Tag gab er ihnen einen alten Glockenspruch mit auf den Weg: „Ich zeige dir den Schluß der Arbeit an — Wohl dem, der seine Arbeit recht getan — Doch wisse, dein ganzes Leben ist — ein Tun, wofür du Rechnung schuldig bist!" Er überreichte sodann neun Prüflingen, die die Gehilfenprüfung mit Auszeichnung bestanden, je ein Buch. Es sind dies die Kaufmannsgehilfen: Ingrid Reichelt (Einzelhandelskaufmann), Günter Hedtfeld (Einzelhandelskaufmann), Gerhard Louis (Industriekfm.), Friedr.-Wilh. Wiethege (Bankkfm.), Wolfgang Sieper (Gehilfe in wirtsch. und steuerber. Berufen), sowie die Facharbeitergehilfen: Günter Schmidt (Werkzeugmacher), Walter Feige Ehlhaus (Werkzeugmacher), Ernst Otto (Werkzeugmacher) und Rainer Winter (Schriftsetzer).

Anschließend ergriff Landrat Hesse das Wort und ermahnte die jungen Gehilfen, daß sie an sich weiter arbeiten und sich ihrer Zukunft bewußt sein mögen, um durch ihre persönliche Haltung zu überzeugen und zu gewinnen. Stadtkämmerer Nothjunge, der im Namen der Stadtverwaltung und des Rates der Stadt Lüdenscheid sprach, beglückwünschte die frischgebackenen Gehilfinnen und Gehilfen. Berufsschuldirektor Thormälen, Gewerkschaftssekretär Brandt und ein Vertreter der Prüflinge beschlossen die Reihe der Gratulanten mit ihren Ansprachen.

Ludwig van Beethovens Klaviertrio in G-Dur, ausgeführt von Clemens Noelken (Klavier), Carl Bormann (Violine) und Siegfried Ulbricht (Cello) umrahmte in würdiger Weise die eindrucksvolle Feierstunde, die mit der Ueberreichung der Gehilfenbriefe ihren Höhepunkt und Schluß fand. **-rbr-**

Am 25. Mai:

Jubiläumskonzerte des gemischten Chores

Ein Rückblick mit besonderer Würdigung eines Gründers

Kierspe. Wie mehrfach an dieser Stelle schon hervorgehoben, begeht der Gemischte Chor in diesem Jahre die fünfzigjährige Wiederkehr seines Gründungstages. Dieses Ereignis findet seinen Ausdruck in der Veranstaltung zweier Konzerte, die am 25. Mai und im September in der Turnhalle stattfinden werden. Zu beiden Begebenheiten haben hervorragende Künstler ihre Mitwirkung bindend in Aussicht gestellt, worüber demnächst noch berichtet werden wird. In dem Konzert am 25. Mai findet zur Einleitung die Weihe einer Fahne statt, die nach ihrer Fertigstellung in einem Schaufenster ausgestellt wird.

Warum Jubiläum? — wird mancher fragen. Hat denn der alte Chor 50 Jahre bestanden, und ist der jetzige Chor nicht erinnerlich erst nach dem Kriege als Volkschor neu gegründet? — Gewiß! Aber er heißt heute wieder „Gemischter Chor" und führt in alter Tradition den ehemaligen Chor fort, der nie aufgelöst worden ist. Er hat damit alle Rechte an der überlieferten Vereinigung an Inventar und Noten übernommen und verpflichtet sich, seine kulturelle Aufgabe im Sinne seiner Gründer zu pflegen und zu fördern.

Unter diesen Gründen war der Vater der Idee Dr. Deisting, jener Mann, dem Kierspe heute sein Gesicht verdankt. Seine Bedeutung hätte es verdient, daß jeder einsichtige Bürger ihm im Herzen ein dankbares Erinnern bewahrt. Er führte einen wirtschaftlichen Fortschritt herauf und — war unsere Kultur anbelangt — er war ein Pfleger der Gesinnung, der mit offenem Worte zu der Richtschnur seines lauteren Wesens stand. Ein dünkelhafter fauler Unverstand schrie „Kreuzige ihn!" War das nicht immer so? — Aber die besten folgten ihm nach. Und zu den besten gehörten auch die Gründer des Gemischten Chores.

Dr. Deisting wirkte im Turnverein bei der Gestaltung der Winterfeste mit. Ihm unterstand das Theaterspiel. „Was spielen die Leute?" fragte er, — „geschmacklose Sachen mit Totschlag und Ehebruch. Spielen wir doch etwas Vernünftiges, packen wir alle an, dann bringen wir „Wilhelm Tell" heraus. Dadurch setzen sich die Spieler und die Zuschauer mit den Begriffen Vaterland und Freiheit auseinander, und jeder geht bereichert nach Hause." Und es gelang. Soldaten bekamen Urlaub, damit sie ihm halfen, die Bühne mit elektrischer Beleuchtung zu versehen, und das ganze Dorf stand dahinter wie ein Mann. Zu dem Theater gehörten die Kostüme. Er holte die Mädchen und Frauen zusammen und ließ sie solche anfertigen. Dabei sollte gesungen werden. Aber es wollte nicht klappen.

„Die lächerlichen, gefühlsduseligen Dinger", sagte er, — „da üben sie in der Schule an „Es braust ein Ruf wie Donnerhall" und können hinterher ihren Kindern nicht einmal ein Wiegenlied singen." Das war die Geburtsstunde unseres Chores.

Männer des jungen „Sängerbundes" waren es, die der Doktor einlud, und die in selbstverständlicher Begeisterung für die Sache des Gesanges Schulter an Schulter sich mit den Sangesschwestern zusammenfanden, um zu singen. Der erste Dirigent war Wilhelm Weber. Später übernahm Friedrich Menze die Leitung. Alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten. Alle Lehrer sangen mit und die Parole war: Pflege des Volksliedes und des Kirchengesanges. Eigene Feste feierte man nicht. Der Chor trug mit seinen Liedern zur Verschönerung aller allgemeinen Veranstaltungen bei. Kein hoher Feiertag wurde begangen, wo er nicht in der Kirche sang. Diese lebendige Leistung in einmütiger Hingabe ist in der damaligen Zeit vor 50 Jahren eine Großtat gewesen, die unter gleichen Verhältnissen noch gesucht werden muß.

Will da noch jemand fragen: „Warum Jubiläum?" Es ist das Jubiläum einer Idee, ein Jubiläum unserer Väter und Mütter, die dabei waren, und die uns ihre Lieder in die Kinderohren sangen.

Seine erste Feuerprobe bestand der Chor bei der Aufführung des Festspieles „Frühlings Einzug", bei dem die vorgetragenen Lieder, die der Dichter Fritz Linde auf den Rat seines väterlichen Freundes, Dr. Deisting, in das Stück verwoben hatte, von ausschlaggebender Bedeutung wurden.

Wenn Du das nicht weißt, dann erinnere Dich und freue Dich daran, wie man beieinander stand und Großes zustande brachte. Denk an den Doktor, dessen Grabspruch war: „Es ist es wert, daß Du sein gedenkest" und denk auch an den Chor und sein Konzert, wo auch heute wieder Männer des Sängerbundes brüderlich vereint zusammenstehen.

Schalksmühle

Radfahrverbot in der Bergstraße

Ihrer Enge und des starken Gefälles wegen bedeutet die untere Bergstraße in Schalksmühle, ganz besonders die Kurve an der Apotheke, eine Gefahrenquelle für den starken Verkehr. Aus diesem Grunde beschloß das Straßenverkehrsamt

Werden die Sowjets Berlin blockieren?

Lemmer: Noch Gelegenheit für Viermächte-Verhandlungen

dmt. Berlin, 14. Mai

Am Grenzkontrollpunkt Babelsberg bei Berlin haben die sowjetischen Kontrollbehörden seit Dienstag die Abfertigung der aus Berlin kommenden Wagen so verlangsamt, daß sich zeitweise bis zu 100 Fahrzeuge stauen. Die Wartezeit beträgt 10 bis 12 Stunden. Den westalliierten Militärpatrouillen wird sowohl in Marienborn als auch in Babelsberg weiterhin die Durchfahrt verweigert. Vertreter der Westmächte besprachen am Mittwoch mit sowjetischen Behörden die Behinderung der Militärpatrouillen. Nach der Zusammenkunft teilten die Westalliierten mit, „daß die Angelegenheit in Kürze geklärt sein wird."

Nach diesem Gespräch gestatteten die Sowjets einer amerikanischen Autobahn-Patrouille in Berlin am Mittwochnachmittag, die Kontrollfahrt in Richtung Zonengrenze anzutreten. Seit letzten Donnerstag hatten die Sowjets die Fahrten verhindert, wogegen Protest eingelegt wurde. Die Militärpatrouillen sollen alliierten Fahrzeugen helfen, die auf der Autobahn zwischen Berlin und dem Bundesgebiet liegengeblieben sind.

In einer vom bayrischen Rundfunk gesendeten Rede zeigte sich der Vorsitzende der Berliner CDU, Lemmer, darüber besorgt, daß die Deutschen in der Sowjetzone und die Berliner den Preis für die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft zahlen müßten. Jede sich noch bietende Gelegenheit müsse ergriffen werden, um eine Entspannung herbeizuführen. Für Viermächteverhandlungen über Deutschland sei nur noch bis zur Ratifizierung des Generalvertrages günstige Gelegenheit.

In Berliner politischen Kreisen wird leidenschaftlich die Frage diskutiert, ob die Sowjets die Unterzeichnung des Generalvertrages mit einer Blockade Berlins beantworten werden. Es haben sich zwei Gruppen herausgebildet, die eine hält die Drohungen der Kommunisten für Bluff, während die andere davor warnt, diese Drohungen, wie die Erklärungen Ulbrichts, zu bagatellisieren. In diesen Kreisen wird angenommen, daß die Sowjets vermuten könnten, sich durch eine neue Berliner Blockade einen wichtigen Trumpf für die Verhandlungen um die deutsche Einheit zu verschaffen.

Verfassungsklage des „Deutschen Blocks"

Meißner: Terror der „Demokratischen Aktion" — Kampf gegen Radikale

dff. München, 14. Mai

Der Vorsitzende des rechtsradikalen „Deutschen Block", Karl Meißner, kündigte in einer Pressekonferenz, zu der nur mit Sonderausweisen der Zutritt möglich war, noch für diesen Monat eine Verfassungsklage gegen die „Demokratische Aktion" an, die er als eine „getarnte Verschwörungsorganisation" bezeichnete „mit dem Ziel, Versammlungen der nationalen Parteien zu sprengen und ihre politische Arbeit durch Anwendung von Gewalt und Terror zu verhindern".

Meißner berichtete Einzelheiten über die Mitte April in Kochel (Oberbayern) stattgefundene erste Tagung der demokratischen Aktion, an der Vertreter der DGB-Jugend, der DAG-Jugend, der Jungsozialisten, der Falken, des Internationalen Studentenklubs und des Bundes Europäischer Jugend teilgenommen hätten. Meißner behauptete, daß es Einsatzgruppen der „Demokratischen Aktion" in München, Köln, Wiesbaden, Frankfurt, Bremen und Hamburg gebe.

Von maßgebender Seite, die an der Kocheler Tagung teilgenommen hat, wird erklärt, die „Demokratische Aktion" habe nicht nur den Rechtsradikalen, sondern auch den Linksradikalen den schärfsten Kampf angesagt, der „nach demokratischen Spielregeln" und ohne Anwendung von Gewalt ausgetragen werden solle.

Politische Treuepflicht im öffentlichen Dienst

wl. Bonn, 14. Mai

Die Bundesregierung hat dem Bundestag den Gesetzentwurf über die politische Treuepflicht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zugeleitet. Der Entwurf besagt, daß alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen, also sowohl die Beamten als auch die Angestellten und Arbeiter, sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen müssen. Die Mitgliedschaft in undemokratischen oder staatsfeindlichen Organisationen ist ihnen verboten.

Die Bundesregierung wird die unter das Verbot fallenden Organisationen feststellen und veröffentlichen. Gegen Beamte, die gegen das Verbot verstoßen, wird ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsentlassung eingeleitet. Angestellte und Arbeiter werden fristlos entlassen. Die Vorschriften sollen auch für Ruhestandsbeamte und die ihnen gleichgestellten Personen mit Versorgungsbezügen gelten.

Kreditgesetz wurde angenommen

wl. Bonn, 14. Mai

Vor Beginn der dritten Lesung des Lastenausgleichsgesetzes nahm der Bundestag das Kreditgesetz an, wonach der Bundesfinanzminister ermächtigt wird, im Rahmen der Marschallplanhilfe einen Kredit von 16,9 Millionen Dollar aufzunehmen.

Angenommen wurde ferner eine Aenderung des Teuerungszulagengesetzes. Hierdurch sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Teuerungszulagen von drei Mark auch durch die Träger der Rentenversicherung ausgezahlt werden können. Die Bundesregierung ist ferner ermächtigt worden, mit Zustimmung des Bundesrates die Teuerungszulage neu festzusetzen, wenn sich die Preise der Grundnahrungsmittel ändern sollten.

Notfalls wieder Luftbrücke

wl. Bonn, 14. Mai

Zwischen der Bundesregierung und den alliierten Hohen Kommissaren findet z. Z. ein Meinungsaustausch über die Möglichkeit und die Gefahren einer neuen Blockade Westberlins durch die Sowjets statt.

Die alliierten Regierungen haben dabei zu verstehen gegeben, daß sie auf eine Fortsetzung des Kalten Krieges vorbereitet seien. Die Uebergriffe der Sowjets gegen den ungehinderten Verkehr mit Westberlin würden nicht widerspruchslos hingenommen.

Dazu erfahren wir, daß von den drei Westmächten bereits Vorbereitungen getroffen werden, um notfalls wieder die Luftbrücke zu errichten. Man rechnet ernsthaft mit der Notwendigkeit, die Nadelstiche der Sowjets durch drastische Maßnahmen zu parieren.

Die Ausgaben für die britische Verteidigungsproduktion und die Forschungsarbeiten für die Rüstung haben sich seit 1950 mehr als verdreifacht. Sie werden auf 652 Millionen Pfund veranschlagt.



Herrensporthemd
aus Mako-Popeline
einfarbig in modernen Farben oder gemustert
in vielen schönen Dessins,
SANFORISIERT, d. h. in der Wäsche nicht einlaufend,
normale Längen und Weiten . . . . . nur 9.75
Herrenpolohemden
in großer Auswahl, schon ab 2.90
518
Gehen Sie zu C&A BRENNINKMEYER
W.-BARMEN · WERTH 76
W.-ELBERFELD · HERZOGSTRASSE 9
DÜSSELDORF · BERLIN-CHARLOTTENBURG · BERLIN-NEUKÖLLN · BOCHUM · BREMEN · DORTMUND · DUISBURG · ESSEN · FRANKFURT A. M. · HAMBURG · HAMBURG-ALTONA · HAMBURG-BARMBECK · HANNOVER · KÖLN · MANNHEIM · W.-BARMEN · W.-ELBERFELD
Nachdruck verboten
Sonnabend durchgehend von 8.30 bis 18 Uhr geöffnet

Man muß sie probiert haben um zu wissen...
3a 50 T
wie gut Sanella schmeckt!

Machen Sie diesen Versuch doch auch einmal und überzeugen Sie sich selbst davon, wie gut, wie frisch und rein Sanella schmeckt.* Fast jede zweite Hausfrau bevorzugt ja schon Sanella, den feinen Brotaufstrich, der allen schmeckt! Jetzt gibt es übrigens zu Sanella interessante und lehrreiche Afrika-Sammelbilder!
* 17 437 Hausfrauen wurden befragt, wie sie sich Margarine wünschen ... und so bekommen Sie heute Sanella!
Die frische SANELLA feiner im Geschmack!

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zu unserer Goldenen Hochzeit sagen wir allen, besonders dem MGV. Oeckinghausen und der Schule Heesfeld herzlichen Dank.

August Müller u. Frau
Anna geb. Crummenerl

Mesenhohl, im Mai 1952.

SPD
ORTSGRUPPE KIERSPE

veranstaltet am Sonnabend, dem 17. Mai, abends 18.30 Uhr im Gasthof Teipel in Neuenhaus, eine öffentliche

Mitgliederversammlung.

Die Bevölkerung ist hierzu herzlich eingeladen.

DER VORSTAND

Arterien-Verkalkung

hoher Blutdruck, Benommenheit und Schwindelgefühle", schreibt Herr W. Wipperfeld, Köln-Merh., „quälen mich heute nach regelmäßigem Gebrauch von „Immer jünger" Knoblauch-Beeren nicht mehr, ich fühle mich wirklich jünger und gesünder!! - Schützen auch Sie sich rechtzeitig vor den Gefahren des Älterwerdens durch die geschmack- und geruchfreien

„Immer jünger" Knoblauch-Beeren
In der grünen Packung

Schuhe besser pflegen- **Pilo** -polieren

5 Rinder

rotbunte, **zugelaufen.**

Abzuholen bei
Abel, Schultenhedfeld

Gebr. **Küchenherd**
abzugeben.
Zu erfr. in der Gesch.-Stelle des Allgemeinen Anzeiger

Suche kinderliebes christl.
Mädchen
für Haushalt, 2 Kinder.
Werner Müller, Stuckgeschäft
Remscheid, Fischerstr. 21 a

Wer Büromöbel sagt, meint: QUITMANN Hagen am Rathaus

Füllhalter
Kugelschreiber
Markenfabrikate, in großer Auswahl
Wilh. Bell jr., Halver

Bekanntmachung

Am Montag, dem 19. Mai 1952, um 16 Uhr findet in Rönsahl im Gasthof Sure eine Sitzung der Gemeindevertretung Rönsahl statt.

Tagesordnung:

1. Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse.
3. Erhöhung des Wassergeldes für die Gemeindewasserleitung.
4. Haushaltsplan der Gemeinde Rönsahl für das Rechnungsjahr 1952.
5. Änderung der Friedhofsordnung u. Friedhofsgebührenordnung.
6. Änderung des Teilbebauungsplanes (bedingt durch das Bauvorhaben „Volksschule").
7. Verschiedenes.
   Stunde der Öffentlichkeit.

Barthold
Amtsdirektor



Erfahrene Tierhalter
wissen, daß **nur** in den einschlägigen Geschäften der echte
Brockmanns Futterkalk
»Zwergmarke« erhältlich ist. Seine Beifütterung macht sich durch gesunde Aufzucht, schnelle Mast und hohe Leistung bezahlt.

FÜR NUR DM 1,-

8 Tage Ferienaufenthalt in Italien

Hin- und Rückflug für zwei Personen
Das ist nur einer der vielen schönen Preise aus dem in Kürze beginnenden großen

Reise-Preisausschreiben

der „abz". Lesen Sie bereits im nächsten Heft die ausführliche Ankündigung.

„abz" ist die beliebte Illustrierte, die Ihnen für nur DM 1,- monatl. Bezugsgebühr jede Woche ins Haus gebracht wird. Sie brauchen den Bestellschein lediglich bei der Vertriebsabteilung oder einer Geschäftsstelle unserer Tageszeitung abzugeben.

Bestellschein

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____